

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land

Amthliches
Publikations-Organ



Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig.
Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolpe, Präsidentenstr. 45.
Fernsprecher 18

Anzeigenpreis: Die 6spaltige Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolpe 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachschlag. Die 3spaltige Kleinzeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 25

Stolpe, Montag, den 31. Januar 1927

51. Jahrgang

Das Kabinett Marx bestätigt.

Inneres und Justiz noch unbefestigt.

Berlin, 29. Januar. (Mittl.) Der Herr Reichspräsident hat den bisherigen Reichkanzler Dr. Marx in seinem Amte als Reichkanzler bestätigt, auf dessen Vorschlag der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann, den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, den Reichswehrminister Dr. Gessler, sowie den Reichswirtschaftsminister Dr. Kuntze in ihren bisherigen Ämtern bestätigt und den badiischen Staatspräsidenten und Finanzminister Dr. h. c. Köhler zum Reichsfinanzminister, den Reichsminister a. D. Schiele, Mitglied des Reichstages, zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, den Verbandssekretär Dr. h. c. Koch, Mitglied des Reichstags, zum Reichsverkehrsminister und den Staatssekretär Dr. Schädel zum Reichspostminister ernannt. Mit der Wahrung der Geschäfte des Reichsministers für die besetzten Gebiete hat der Herr Reichspräsident den Reichkanzler Dr. Marx beauftragt. Die Ernennung der Reichsminister der Justiz und des Inneren hat der Herr Reichspräsident mit Rücksicht auf die noch nicht abgeschlossenen letzten Verhandlungen bis Montagabend ausgesetzt.

Zentrum und Deutsche Volkspartei gegen Graf.
Die neue Ministerliste war bereits am Freitagabend so gut wie fertig. Da machten sich im Laufe des Sonnabends neue Schwierigkeiten geltend. Zwar erklärte sich die Deutsche Volkspartei schließlich bereit, das Verkehrsministerium, das bisher Dr. Krohne verwaltet hatte, dem deutschnationalen Reich zu überlassen, doch erhoben nunmehr sowohl die Deutsche Volkspartei, als auch das Zentrum gegen die Person des von der deutschnationalen Fraktion zum Reichsfinanzminister ausserordentlichen Abgeordneten Graf-Thüringen lebhaften Bedenken. Graf ist Vorsitzender des völkischen Ausschusses der deutschnationalen Reichstagsfraktion und erscheint wohl deshalb von beiden anderen Regierungsparteien als nicht tragbar. Den ganzen Sonnabend über wurde über diese Frage verhandelt ohne daß man zu einer Einigung kommen konnte, da die deutschnationale Fraktion für Montag nachmittag zusammenberufen worden.

Da der Herr Reichspräsident eine weitere Verzögerung der Regierungsbildung nicht zulassen wollte, entschloß er sich kurzerhand, die übrigen vom Reichkanzler vorgeschlagenen Minister bereits zu ernennen und den deutschnationalen die Entscheidung über die Besetzung des Ministeriums der Justiz und des Inneren zu überlassen. Die deutschnationale Reichstagsfraktion ist zu diesem Zweck für Montag nachmittag zusammenberufen worden.
Nachdem nun gestern das mit so vieler Mühe und Not zustande gekommene Kabinett auch endlich alle gewiss nicht leichten Personfragen geklärt und die Ministerposten an die vier Koalitionsparteien nach Maßgabe ihrer Stärke und Bedeutung verteilt hatte, haben also Zentrum und Volkspartei einen neuen Durchschlag abgelehrt, der in der Tat die besten Absichten der deutschnationalen Volkspartei zunichte machen mußte. Der Abgeordnete Walter Graf-Thüringen, über dessen Eintritt in die Regierung restlose Genehmigung in allen deutschnationalen Kreisen empfinden wurde, ist den übrigen Koalitionsparteien „nicht genehm“. Es bedeutet dieses Vorgehen der Koalitionsparteien angesichts einer nur den deutschnationalen zusehenden Prärogative, eine starke, mit aller Schärfe zurückweisende Einmischung in unsere Parteianglegenheiten. Wir haben weder der Deutschen Volkspartei noch dem Zentrum Vorwissen gemacht, welche Persönlichkeiten sie herausstellen sollten, haben uns in großzügigster Form trotz schwerwiegendster Bedenken mit Herrn Dr. Marx und Herrn Dr. Stresemann abgefunden und müssen mit allem Nachdruck dagegen protestieren, daß jetzt, nachdem bald anderthalb Monat wertvollster Zeit vergeudet wurden, und endlich alle Unstimmigkeiten beseitigt schienen, erneut Hindernisse aufgeworfen werden, die die schwersten Gefahren für die neue Koalition heraufbeschwören müssen.

Die neuen Minister.

Reichs Ernährungsminister Martin Schiele, Rittergutsbesitzer und Fabrikant in Neu-Scholten bei Rathenow, ist am 17. Januar 1870 in Groß-Schwarzlosen (Kreis Stendal) geboren. Seit 1897 steht er im politischen Leben. 1914 wurde er als Mitglied der konservativen Partei in den Reichstag gewählt, dem er bis 1918 angehörte. Er war dann Mitglied der Nationalversammlung, seit 1920 gehört er dem Reichstag an. Mitte Januar 1925 übernahm Schiele im ersten Kabinett Luther das Amt des Reichsinnenministers, Ende Oktober 1925 trat er mit den übrigen deutschnationalen Ministern wegen der bekannten Meinungsverschiedenheiten über Locarno von seinem Amte wieder zurück.
Der Nachfolger Dr. Krohnes im Reichsverkehrsministerium, Dr. h. c. Wilhelm Koch, wurde am 3. März in Dönges

bei Eisenach geboren. Nach der Schulzeit erlernte er das Schreinerhandwerk. Seit 1903 war er in verschiedenen Verbänden tätig. Als 1913 war er evangelischer Arbeitersekretär in Hagen in W. Hierauf leitete er den Reichsverband deutscher Staatsarbeiter und Bediensteter. Gleichzeitig war er bei der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner tätig. Später wurde er zweiter Vorsitzender des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine 1919 wurde er als deutschnationaler Vertreter des Wahlkreises Düsseldorf-Ost in die Nationalversammlung gewählt und gehört seitdem den verschiedenen Reichstagen an. Anlässlich der Jahrestagung im Rheinlande wurde er 1925 von der Universität Bonn zusammen mit Siegerwald wegen seiner sozialpolitischen Verdienste zum Ehren doktor ernannt.

Der neue Reichsfinanzminister Dr. Heinrich Köhler wurde am 29. September 1878 in Karlsruhe geboren, besuchte in Karlsruhe die Oberrealschule und trat dann in den mittleren Finanzdienst ein. Schon sehr früh war er als eifriges Zentrumsmittelglied in seiner Partei tätig. 1920 übernahm er als Nachfolger Wirths das badiische Finanzministerium. Im Jahre 1923 war er gleichzeitig badiischer Staatspräsident, im November 1926 ist er zum zweitenmal zum Staatspräsidenten gewählt worden.

Der neue Postminister Schädel ist aus dem bayerischen Verkehrsministerium hervorgegangen. Als vor drei Jahren der damalige Leiter der Abteilung München des Reichspostministeriums, Staatssekretär Stingl, als Reichspostminister nach Berlin berufen wurde, war Dr. Schädel sein Nachfolger auf dem Posten des Münchener Staatssekretärs. Jetzt ist er auch sein Nachfolger in der Leitung des Reichspostministeriums. Politisch zählt er ebenso wie sein Vorgänger zur Bayerischen Volkspartei.

Der Milliardenprozeß verloren.

Das Haager Schiedsgericht gegen Deutschland.

Zwischen der Reichsregierung und der Reparationskommission bestehen bekanntlich Meinungsverschiedenheiten darüber, ob Deutschland verpflichtet ist, neben den Zahlungen aus dem Dawesplan auch die Entschädigungen an jene Auslandsdeutschen zu zahlen, deren Eigentum während des Krieges von den feindlichen Ländern liquidiert worden ist. Die Höhe des Schadens, der dem deutschen Privatwohl durch die Kriegsmassnahmen der feindlichen Mächte im Ausland entstanden ist, wird auf ungefähr 9,25 Milliarden Mark geschätzt, die Deutschland nach dem Versailler Vertrag den Geschädigten ersetzen muß. Die deutsche Regierung stellte sich auf den Standpunkt, daß diese Leistungen auf die Daweszahlungen angerechnet werden müßten. Sie stützten sich dabei auf die Bestimmungen des Dawesabkommens, wonach Deutschland außer der festen Jahreszahlung keine weiteren Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag haben sollte. Der Reparationsagent und die Reparationskommission vertraten demgegenüber die Auffassung, daß eine Anrechnung dieser Schadenersatzleistung auf die Daweszahlungen nicht zulässig sei. Das Haager Auslegungsschiedsgericht, vor dem der Streitfall anhängig gemacht wurde, hat jetzt wider Erwarten der Reparationskommission recht gegeben und folgende, für Deutschland überaus ungünstige Entscheidung gefällt:

Die nach dem Sachverständigenplan an den Generalagenten für Reparationszahlungen geleisteten Jahreszahlungen umfassen nicht die Entscheidung, die das Deutsche Reich an die Reichsangehörigen wegen der Einbehaltungen, Liquidationen oder Uebertragungen der deutschen Güter, Recht und Interessen in Ausführung des Versailler Vertrages nach dem 1. 9. 24 bezahlt hat oder bezahlen wird.

In der Begründung des Urteils hebt das Gericht ausdrücklich hervor, daß die Gerichtsbarkeit eine beschränkte sei, und zwar beschränkte sie sich nur auf die Auslegung des Sachverständigenplanes. Daraus folge, daß das Schiedsgericht den Plan so nehmen müsse, wie es ihn vorfinde, und ihm den Sinn beizulegen habe, den es für richtig halte, ohne sich dabei durch Erwägungen darüber beeinflussen zu lassen, ob man mit Recht werde behaupten können, der Schiedspruch werde Folgen haben, die als unerwünscht angesehen werden könnten.

Bei den zahlreichen Auslandsdeutschen, die während des Krieges ihr ganzes Hab und Gut eingebüßt haben, muß dieses Urteil große Enttäuschung und Erbitterung hervorrufen; denn bei der finanziellen Notlage des Reiches jätwindet für sie jede Hoffnung, in absehbarer Zeit einen wenn auch noch so geringen Ersatz für ihr geraubtes Eigentum zu erhalten.

Die Polizei im roten Preußen.

Gonoffo Grzesinski im Hauptauschuß des Preussischen Landtags.

Berlin, 29. Januar. Der Hauptauschuß des Preussischen Landtags erledigte am Sonnabend den Rest des Haushaltes des Ministeriums des Inneren mit dem Polizeietat. Innenminister Grzesinski erklärte, daß der von ihm herausgegebene Schieferlaß dem Mißbrauch des Schießsports zu politischen Zwecken vorbeugen solle, auf der anderen Seite aber die Vereine, die sich schon seit einer langen Reihe von Jahren rein sportlich mit dem Schießen befaßten, nicht unmöglich machen solle. Das rein sportliche Schießen ohne politische Nebenwede sei durchaus unbedenklich. Nach Abschluß der Verhandlungen mit der Entente sei nunmehr auch die Stärke der staatlichen Polizei endgültig festgesetzt, und zwar auf 67 000. Dies bedeute gegenüber einer augenblicklichen Stärke von 67 500 eine Verminderung, vor allem auch der Schutzpolizei, die nicht den tatsächlichen Bedürfnissen entspräche. Die Vermehrung der staatlichen Polizeiverwaltung sei ziemlich durchgeführt. Insgesamt seien 51 staatliche Polizeiverwaltungen vorgesehen. Bei Festlegung der Standorte hätten nicht alle von den Städten und Kommunen geäußerten Wünsche nach Belegung mit Polizei berücksichtigt werden können. Hinsichtlich der Besoldungsfrage müsse eine andere Regelung der Gehaltsfrage erstrbt werden. Der Minister versprach, der Besoldungsfrage sein dauerndes Augenmerk zuzuwenden, schon weil der Polizeibeamte mehr als jeder andere dauernd der gesundheitlichen und Lebensgefahr ausgesetzt ist. Erstreulicherweise könne festgestellt werden, daß der Geist der Polizei durchaus gut ist. Die Polizei habe sich den neuen Aufgaben durchaus angepaßt. Sie sei heute ein absolut zuverlässiges Exekutivorgan der Republik. Von allen Polizeibeamten, besonders aber von den Polizeioffizieren, verlange er bewußte, ein deutige Staatsbesahrung.

Abg. Lork (Deutschn.) erklärte, die Stellung seiner Partei zum Minister ergebe sich von selbst aus der Erklärung des Ministers, daß er an dem System Severing festhalten werde. Jeder Gewissenszwang den Polizeibeamten gegenüber müsse aufhören.

Der Haushalt wurde sodann bewilligt. Eine Reihe von Anträgen auf Verbesserung der Besoldungs- und Aufstiegsverhältnisse fanden Annahme, ebenso ein Antrag der deutschnationalen Volkspartei auf Vorlegung eines Kommunalbeamtenengesetzes. Am Montag wird der Hauptauschuß die neue Gewerbesteuer beraten.

Deutschfeindliche Stimmung in Rußland?

Ueber die innere Lage in Sowjetrußland und die Stimmung in den dortigen bürgerlichen, also sozialfeindlichen Kreisen liegt ein Bericht vor, der zum Teil ganz neue und gerade für die deutsche Öffentlichkeit sehr beachtenswerte Mitteilungen enthält. Der Gewährsmann befragt vor allem die allgemein wachsende Feindschaft gegen den Bolschewismus, ebenso aber auch, daß der Regierungsapparat fest in dessen Händen sei. Trotz der heftigen Kämpfe innerhalb der Partei seien alle führenden Elemente durch die gemeinsamen Verbrennen und die Furcht vor einer Vergeltung so fest miteinander verbunden, daß die verängstigte und verfolgte Bevölkerung nur noch auf einen Anstoß von außen hoffe. Komme es dazu, dann allerdings werde die bolschewistische Herrschaft wie ein Kartenhaus umgeworfen werden. Aber wie das vor sich gehe, von welcher Seite der Anstoß kommen und wer den ersten Schlag gegen den Bolschewismus führen solle, das vermag noch immer niemand zu sagen.

Die allgemeine Ueberzeugung gehe dahin, daß das Schicksal des Bolschewismus von zwei Staaten: Deutschland und England, abhängig sei, und daß Deutschland sein ganzes Gewicht zugunsten der Bolschewisten auf die Waagschale geworfen habe. Deutschland wolle die Sowjetgewalt unter allen Umständen aufrechterhalten, wenn auch in etwas modifizierten Formen. Auch Sinowjews Sturz wird in diesen Kreisen auf die Einwirkung des deutschen Bolschewisten Graf Brodorski-Rankau zurückgeführt, der ein vertrauter Ratgeber Stalins sei. Angeblich habe sogar Derschinski in einer seiner letzten Reden sich darüber beklagt, daß die Vertreter einer befreunden Macht die inneren Angelegenheiten der Partei zu beeinflussen suchten.

Die Deutschen gewannen immer mehr und mehr Einfluß in der Sowjetunion und alle die zahlreichen Deutschen, mit denen der Gewährsmann in Moskau oder anderen Orten zusammentraf, hätten fest an die Evolution der bolschewistischen Gewalt ge glaubt, die ihrer Meinung nach heute die einzige für Rußland in Frage kommende Staatsform sei. Diese Ueberzeugung sprächen die Deutschen allen/halben und bei jeder Gelegenheit ganz offen und unumwunden aus, — und daraus und aus der Politik der deutschen Regierung erkläre sich die zunehmende Feindseligkeit gegen die Deutschen in denjenigen Schichten der Bevölkerung, die auf den Sturz des bolschewistischen Regimes hoffen.

Amtliche Bekanntmachungen.

Betrifft Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche unter dem Viehbestande des Adreßigers Karl Wiedenhöft, Reizer Chaussee 13, ist nach amtlicher Feststellung erloschen. Die sämtlichen Spermaßnahmen für Stolz werden hiermit aufgehoben.

Stolz, den 31. Januar 1927.

Die Polizeiverwaltung.

An Zahlung der Wohnungsmieten für Januar 1927 wird erinnert.

Stolz, den 29. Januar 1927.

Der Magistrat.

Schulgelderhebung.

Die für den Monat Februar fälligen Schulgelder — Gymnasium, Oberlyzeum, Knaben- und Mädchenmittelschule — sind innerhalb drei Tagen an unsere Steuereinnahme zu zahlen.

Bei nicht rechtzeitigem Zahlung tritt Mahnung und nötigenfalls Zwangsvollstreckung ein. Die nicht unerheblichen Mahn- und Pfändungsgebühren fallen den säumigen Zahlern zur Last.

Zur Entgegennahme der Schulgelder ist unsere Steuerkasse am 1., 2. und 3. Februar auch nachmittags von 3 bis 6 Uhr geöffnet.

Stolz, den 31. Januar 1927.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Zur Verbindung der elektrischen Licht- und Klingelanlage für den Neubau der Turnhalle in der Al Gartenstraße ist Termin auf Montag, den 7. Februar dieses Jahres, vormittags 11 Uhr im Stadtbauamt, Zimmer 39 des Rathhauses anberaumt, wo auch die Verdingungsunterlagen ausliegen bezw. gegen Erstattung der Schreibkosten entnommen werden können.

Angebote sind post und bestellgeldfrei, verschlossen und genau bezeichnet spätestens zum Termin einzurichten. Später eingehende Angebote werden nicht berücksichtigt. Zuschlagsfrist 21 Tage.

Stolz, den 28. Januar 1927.

Der Magistrat.

Begräbnisbund „Selbsthilfe“ Stolz i. Pom.

Unsere diesjährige ordentliche

Mitgliederversammlung

findet am

Montag den 31. Januar 1927

abends 8¹/₄ Uhr im Saale des Etablissements Schweizergarten hier selbst statt.

Der Vorstand.

3. Staatsbürgerlicher Jahrgang in Stolz

im Saale des Jugendheims

veranstaltet von der Reichszentrale für Heimatdienst Landesabteilung Grenzmark unter Mitwirkung der Volkshochschule Stolz.

Vortragsfolge:

Dienstag, den 1. Februar:

Oberst Schwertfeger, Hannover
„Der heutige Stand der Kriegsschuldloshaltung.“

Donnerstag, den 3. Februar:

Universitätsprofessor Dr. Scheel-Berlin:
„Staat und Volkstum.“

Sonnabend, den 5. Februar:

Universitätsprofessor Dr. Laubert,
Breslau: „Polen und wir“

Beginn der Vorträge 8 Uhr abends

Hörergebühr: Forderkarte 1,50 Mark,
Einzelvorträge 80 Pennia

Vorverkauf in den Buchhandlungen von Schrader, Langenhagen, Gullig, Timm und im Büro der Volkshochschule.

Zu reger Beteiligung laden ergebenst ein:

Volkshochschule Stolz

Dr. Moerner

Oberstudiendirektor.

Reichszentrale für Heimatdienst

Landesabteilung Grenzmark

Drewanz.

Männer-Gesangverein

Dir.: Kgl. Musikdirektor Studienrat Boenig.

Mittwoch, den 2. Februar abds. 8 Uhr,
im Schützenhaus

KONZERT

unter Mitwirkung des Flötenvirtuosen
M. Gieslik.

Eintrittskarten zu 1 Mk für Saal, 50 Pfg.
für Galerie, Texte zu 20 Pfg. bei Felix
Albrecht und an der Abendkasse.

Schweizergarten

Mittwoch, den 2. Februar 8 Uhr

Frauen- Vortrag

nur für Frauen und Mädchen
über

Krankheiten u. Ehe

Redner: Der Privatgelehrte

Hans Waldeck (Berlin)

Ein Lichtbilder-Vortrag für strebende
Frauen und Mädchen mit circa
100 wissenschaftlichen Lichtbildern

Die Unterleibsschwäche junger Mädchen und ihre Beseitigung durch Tagespflege — Unterleibskrankheiten junger Frauen und die Forderung strenger Tageshygiene — Nerven- und modischer Frauen: Melancholie, Hysterie und die geistlich-körperliche Tagespflege — Wechseljahre und Unterleibsschwäche — Das Alter — Die Tagespflege der alten Frau — Verjüngungen — Notzeichen des Frauenkörpers: Was bedeuten Katarrhe, Kreuzschmerzen, Schmerzen im Unterleib, Blutungen, Hysterie usw.

Wien (Naturheilverein): Waldeck ist der beste Redner, der je bei uns gesprochen hat.

Mannheim (General-Anzeiger): Waldeck berührt intime Fragen, Dinge, die eine Frau nie oder ganz selten dem Arzt berichten würde. Er berührt sie ungefragt. Es werden ihm viele dankbar sein. Es müssten viele solcher Vorträge stattfinden.

Dieser Vortrag mußte in allen größeren Städten, u. a. auch in Stettin, Koblenz, Köslin und Stargard vor ausverkauften Häusern wiederholt werden.

Eintrittspreise 50 Pfg., 75 Pfg. und 1 Mk.
an der Abendkasse.

Unterstützt nicht die Hausbettelei durch Geldgaben, sondern kauft

Gutscheine der städtischen Volkstüche

zur Ausgabe an Bettelnde.

12 Gutscheine kosten 1.— Mk.

und sind vorläufig zu haben.

H. Lemme & Co., Langestraße 64

Emil Wolsdorff Inh. Paul Hartmann, Markt 15

Hotel Kaiserhof, Reutorstraße

Max Böse, Reutorstraße 14

Paul Albrecht, Bahnhofstraße 15

Die Verwaltung der städtischen Volkstüche.

W. Kaenen, Stadtrat.

Dr. Höpfners

Chirurg. u. orthopäd. Privat-Klinik
Stolz i. Pom. — Wasserstr. 20.

Neuzeitlich: Röntgen-Aufstalt

Behandlung von Geschwülsten operativ
oder durch Tiefenbestrahlung.

Vertraut. 9—11, 3—4

Reparaturen

schnell, gewissenhaft, billig.

Uhrmacher C. Haar
Markt 19.

Prima

Oberschl. Steinsohlen

Niederl. Brifetts

Oberschl. Hüttensohlen

ab Lager und frei Haus in jeder gewünschten
Menge sofort lieferbar.

Wilhelm Moldenhauer

Triftstraße 41.

Telephon 153.

Maschinen-
Zylinder-
Motoren-
Zentrifugen-
Auto-
Leder-

Oele

Maschinen-
Wagen-
Leder-
Hut-

Fette

la. Treibriemen
2-teilige Holzriemenscheiben

J. de Veer, Stolz, Langestr. 13.

Fernspr. 892.

Gegr. 1862.

Anthrazet

Gierformbrifetts

vorzügliches Heizmaterial
liefert prompt frei Haus und ab Lager.

Wilhelm Moldenhauer

Triftstraße 41.

Telephon 153.

la. Bohnermasse

in bester Qualität empfiehlt
J. de Veer, Langestraße 13.

Stadtheater

Telephon 419.

Montag, den 31. Januar
abends 8 Uhr

Volksvorstellung

„Katte“

Schauspiel in vier Akten
von S. Burte.

Preise: 30 Big — 1,00 Mk

Dienstag, den 1. Februar

abends 8 Uhr

Gab ein Knab'

ein Röslein stehn!

Operette in drei Akten
von S. Epanenberg

Edelste

Biere

in Stolz
Flaschen, Gebunden
Ad. Krüger
Mittelstraße 10

Vertr. te gesucht

für neuen, gef. gesch.

Langlochfräsbohrer

für Tischler, Tischbohrer,
u. s. w. G. Minnabringende,
sachl. keine Partion

ausführl. Offerte an

Hermann Hennings

Maschinen und Werkzeug
Bretten 8 (Baden)